

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846 ppbn d



Inhalt

Konrad Kunick, Vorsitzender der SPD in Bremen, bezeichnet das Bremer Wahlergebnis als Niederlage für Strauß.

Seite 1

Hermann Dürr MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion, wendet sich gegen Pläne der baden-württembergischen CDU, eine Zwangstherapie für Drogenabhängige einzuführen.

Seite 2

Alfons Pawelczyk MdB, Abrüstungsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, wertet Breschnews Ankündigung, Truppen aus der DDR abzuziehen, als Beitrag zur atmosphärischen Verbesserung von Rüstungskontrollverhandlungen.

Seite 3/4

Karsten Voigt MdB bezeichnet aufgrund von Meinungsumfragen die Universitäten als "besser als ihr Ruf".

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 193 /

8. Oktober 1979

Niederlage für Strauß in Bremen

Die Bremer SPD kann mit dem Wahlergebnis zufrieden sein

Von Konrad Kunick MdB

Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen

Die SPD im Lande Bremen ist von allen anderen Gruppen in diesem Wahlkampf zum Hauptgegner gemacht worden. Alle Gegner haben verloren und die Gewinne der Grünen entsprechen den Verlusten von CDU und FDP. Die SPD hat leichte Gewinne zu verzeichnen. Deshalb kann die Bremer SPD zufrieden sein,

- daß Strauß in Bremen eine Niederlage erlitten hat - die CDU hat nach seinem spektakulären Auftritt Stimmenprozente verloren.
- Daß die Angriffe auf die Bremer Schulpolitik, die sowohl CDU als auch FDP vorgetragen haben, nicht zum gewünschten Erfolg, dem Verlust der SPD-Mehrheit, geführt haben.
- Daß die Angriffe der FDP gegen die Ausgabenpolitik der SPD, die trotz angespannter Lage Sozialinvestitionen finanzieren wird, nicht zum Ziel geführt haben.

Der Wahlkampf der "Grünen" war wenig substantiviert, sie haben in den bürgerlichen Vierteln am stärksten zugewonnen. Umweltprobleme gibt es in Bremen nicht mehr als anderswo. Trotzdem wären nach meiner Einschätzung die Grünen ohne die Atomproblematik nicht da.

Die SPD wird sich weiterhin um eine Zusammenschau der ökonomischen und ökologischen Probleme bemühen müssen um in den Augen der jungen Generation glaubwürdige Zukunftsperspektiven zu haben. Dies ist kein Bremer Sonderproblem.

(-/8.10.1979/hi/hgs)



Zwangstherapie für Drogenabhängige?

Herr Teufel will den Teufel mit dem Beelzebub austreiben

Von Herrmann Dürr MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen in der SPD-Bundestagsfraktion

Die CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag will die Einführung einer Zwangstherapie für Drogenabhängige verfassungsrechtlich prüfen lassen. So ließ sich der Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel vor der Presse vernehmen. Wenn es von der Verfassung her möglich sei, sollten die Rechtsgrundlagen dafür geschaffen werden, daß Drogenabhängige auch gegen ihren Willen betreut werden könnten.

Herr Teufel will aus Hilflosigkeit einen Schlag ins kalte Wasser vorbereiten und fragte an, ob das verfassungsrechtlich zulässig sei. Er sollte besser überlegen und mit Fachleuten darüber reden, ob eine Zwangstherapie für Drogenabhängige überhaupt Erfolg verspricht.

Es gibt schon eine "Zwangstherapie" für Heroinsüchtige: den Strafvollzug. Nur kommt Stoff in die Vollzugsanstalten, weil Heroin sich nun einmal leichter schmuggeln läßt als eine Flasche Schnaps. Wenn es an Spritze und Abkochmöglichkeit fehlt, wird der Stoff eben geschnupft. Geschmuggelt wird nämlich überall, wo Süchtige süchtig bleiben wollen.

Aber auch wenn kein Milligramm Heroin in unsere Vollzugsanstalten käme, wären sie zur Therapie kaum geeignet, weil es an der Motivation der Insassen fehlt, von den Drogen wegzukommen. Das gilt, auch wenn in einer Anstalt zweimal in der Woche therapeutische Gruppensitzungen sein sollten. Die Zwischenzeit ist voller Langeweile, die zum Träumen verführt. Und wovon träumt der Süchtige: vom nächsten Schuß. Das Argument von der verführerischen Langeweile gilt auch für die meisten psychiatrischen Krankenhäuser.

Junge Süchtige müssen eine Menge lernen. Sie müssen zum Beispiel trainieren, wie man Konflikte verarbeitet. Früher haben sie Liebeskummer oder eine väterliche Ohrfeige dadurch verschmerzt, daß sie sich einen Schuß Glücksgefühl injizierten. Oft müssen sie auch arbeiten lernen, denn davon haben viele kaum eine Ahnung, und manche sind von Haus aus mehr als verwöhnt. Etwas arbeiten, wo Sinn und Erfolg sichtbar wird, etwa in der Landwirtschaft.

Die meisten jungen Süchtigen haben keine abgeschlossene Ausbildung. Also sollten sie schon während der Rehabilitation eine Ausbildungschance in Schule oder Beruf bekommen. Und glaube niemand, nach der Therapiephase sei ein "Ehemaliger" vor Rückfällen gefeit. Übergangwohnheime mit Nachsorge erscheinen dringend erforderlich.

Wenn Herr Teufel nicht Therapie mit zwangsweiser Aufbewahrung verwechselt, müßte er all das bieten und dazu die Ausbruchssicherheit einer Justizvollzugsanstalt. Das würde so teuer, daß er besser die Finanzfachleute rechnen anstatt die Verfassungsrechtler prüfen lassen sollte. Und in den sündhaft teuren Therapieanstalten mit Schlössern und Stacheldraht hätte er aggressiv bockende Insassen, die nicht vom Heroin loskommen wollen. Der Gedanke schreckt.

Herr Teufel und seine CDU-Landtagsfraktion sollten den Holzweg Zwangstherapie schleunigst verlassen und nach anderen Lösungen suchen. Das geht auch ein halbes Jahr vor der Landtagswahl noch, denn das Drogenproblem eignet sich nicht im geringsten zur parteipolitischen Profilierung.
(-/8.10.1979/bgy/hgs)

+ + +



Breschnews Signal

Ein Beitrag zur atmosphärischen Verbesserung von Rüstungskontrollverhandlungen

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle
des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag

Die Ankündigung einseitiger Truppenreduzierungen der Sowjetunion aus der DDR sowie die Bereitschaft, die Zahl der Mittelstreckenraketen unter das derzeitige Niveau zu senken, sind als Zeichen zu werten, verteidigungspolitische Probleme zwischen NATO und Warschauer Pakt auf dem Wege von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen statt durch zusätzliche Rüstungsmaßnahmen zu lösen. Diese Ankündigung in der Breschnew-Rede sollte weder als Zeichen der Schwäche gewertet werden noch als Versuch mißverstanden werden, das solidarische Vorgehen der NATO bei verteidigungspolitischen Anstrengungen zu behindern. Betrachten wir die Breschnew-Erklärung als einen Beitrag, der aus sowjetischer Sicht versucht, die atmosphärischen Voraussetzungen für Rüstungskontrollverhandlungen wieder herstellen zu helfen.

Aus dem Bereich der NATO hat es bereits mehrfach Zeichen der Bereitschaft gegeben; so hat Präsident Carter zum Beispiel zunächst auf die Produktion der Neutronenwaffe verzichtet. Wir Sozialdemokraten haben in unserem Leitantrag "Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik", der am 10. September 1979 einstimmig vom Parteivorstand verabschiedet wurde, noch einmal verdeutlicht, daß wir rüstungskontrollpolitischen Regelungen den politischen Vorrang geben bei dem Versuch, militärische Ungleichgewichte abzubauen. In dem Leitantrag wurden auch konkrete Möglichkeiten für die Fortentwicklung der MBFR-Politik und die Lösung der schwierigen Fragen im Bereich nuklearer Mittelstreckenwaffen aufgezeigt.

Wir Sozialdemokraten sind bereit, die Anwendung der Prinzipien Kollektivität und Parität in einem ersten MBFR-Abkommen im Interesse der Vertrauensbildung und der sicherheitspolitischen Stabilität dadurch zu erleichtern, daß kein Teilnehmerstaat mehr als die Hälfte der Truppen des eigenen Bündnisses im Reduzierungsraum unterhält. Die im Bündnis autonom vorzunehmende Aufteilung der Reduzierungsanteile auf die direkten



Teilnehmer soll dabei die bestehende Kräfteverteilung im Bündnis nicht verändern.

Die NATO hat den Warschauer Pakt bisher vergeblich aufgefordert, bestehende Mißverständnisse bei der Datendiskussion aufzuklären. Die Ankündigung Breschnews, einseitig 20.000 Soldaten mit Waffen und Gerät innerhalb von 12 Monaten aus der DDR abzuziehen, könnte als Zeichen dafür gewertet werden, daß nunmehr auch der Warschauer Pakt davon ausgeht, daß ein erstes Abkommen ohne Aufklärung der Datendiskrepanz nicht erreichbar ist.

Im Bereich nuklearer Mittelstreckenwaffen hat die Sowjetunion begonnen, ihre Verhandlungsbereitschaft zu konkretisieren. Die von oppositionellen Kräften kritisierte differenzierte politische Vorgehensweise, die die SPD vorschlägt, zielt darauf ab, auf der Grundlage unverminderter Sicherheit auch den Verzicht auf zusätzliche Mittelstreckenwaffen in West-Europa zu ermöglichen. Für die Durchführung der Verhandlungen ist folgender Weg geeignet: Die Staaten der Nordatlantischen Allianz unterstützen die Entwicklung neuer Mittelstreckenwaffen und stimmen einer Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen zu unter der auflösenden Bedingung, daß auf die Einführung dieser zusätzlichen Mittelstreckenwaffen verzichtet wird, wenn künftige Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen. Dieser NATO-Beschluß muß gekoppelt sein mit einem Rüstungskontrollpolitischen Angebot an die Sowjetunion, das geeignet ist, die sicherheitspolitischen Instabilitäten im nuklearen Mittelstreckenbereich durch Verhandlungsergebnisse abzubauen.

Ob die Serienproduktion zusätzlicher amerikanischer Mittelstreckenwaffen und deren Stationierung auf dem Territorium europäischer Bündnisstaaten erforderlich sein wird, muß abhängig gemacht werden von der Bereitschaft der Sowjetunion, ein Rüstungskontrollabkommen zu schließen, das den Sicherheitsinteressen der NATO gerecht wird. Für solche Verhandlungen muß der Zeitraum genutzt werden, der bis zur Verfügbarkeit neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen bleibt (1983).

Die auf gegenseitiger Abschreckung beruhenden Strategien in Ost und West allein reichen angesichts eines sich ständig beschleunigenden technologischen Rüstungswettlaufs nicht mehr aus, um die Kriegsgefahren auf Dauer zu bannen. Mit Mut und Phantasie müssen beide Seiten nach Wegen suchen, um die latent vorhandenen Kriegsgefahren zu beseitigen. Die Politik der Rüstungsbegrenzung und -verminderung hat zu ersten Ergebnissen geführt. Jetzt ist es erforderlich, auch den qualitativen Rüstungswettlauf durch eine Politik kooperativer Rüstungssteuerung abzubremsen. (-/8.10.1979/ks/hgs)

+ + +



Die Uni ist besser als ihr Ruf

Ein Beweis für die Notwendigkeit einer Novellierung des Hochschulrahmengesetzes

Von Karsten Voigt MdB

Das Allensbacher-Institut für Demoskopie hat kürzlich Umfrageergebnisse über das Verhältnis von Universität und Gesellschaft vorgelegt. Sie verdienen größere politische Beachtung, als ihr in der Sommerpause zukamen. Bestätigen sie doch in wichtigen Fragen sozialdemokratische Hochschulpolitik.

Besondere Beachtung verdienen die Meinungsäußerungen der 126 befragten "Auskunftspersonen in baden-württembergischen Wirtschaftsunternehmen" (zumeist: Personalchefs). Einige Äußerungen sollten festgehalten werden:

- o Die Vertreter der Wirtschaftspraxis haben zu zwei Dritteln "eine gute Meinung über die Universitäten - alles in allem". Mehr als doppelt so viele, wie in einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt.
- o Entgegen dem Unionsgerede vom Niveauverlust der Massenuniversität und der Gruppenuniversität teilen diese negative Beurteilung der Entwicklung an den Universitäten in den letzten zehn Jahren nur ein Fünftel der Personalchefs. Ganz überwiegend halten sie das Arbeitsklima an den Universitäten für sehr leistungsfreundlich.
- o Beklagt wird hingegen von ihnen - völlig zu recht - ungenügende Berufsvorbereitung der Hochschulbildung. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dr. Jürgen Schmude, hat diese Fragen in seinen für die Studienreform weichenstellenden "Orientierungspunkten zur Hochschulausbildung" schon im vorigen Jahr in den Mittelpunkt gerückt. Die baden-württembergische Untersuchung verdeutlicht die Bedeutung der Studienreformerarbeit.
- o Auch die Wirtschaftspraktiker wissen freilich, daß verstärkte Praxisorientierung des Studiums nicht zum Verlust einer "breiten Grundbildung" führen darf.

In einem Gespräch zwischen Vertretern der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion und dem Vorstand der "Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS) wurde daher die studentische Mitwirkung an der Studienreformerarbeit besprochen.

Es zeigt sich dabei auch, wie notwendig - nach Meinung aller studentischen Gruppen - es ist, das Hochschulrahmengesetz zu novellieren. Die Studenten dürfen nicht mit "Zwangsexmatrikulation" bei Überschreitung der Regelstudienzeit für bisher nicht durchgeführte Studienreformer bestraft werden.

Der Deutsche Bundestag wird sich noch in diesem Jahr mit einer entsprechenden Gesetzesänderung befassen.
(-/8.10.1979/hl/hgs)

+ + +

